

Harburger Kurzwahlprogramm zur Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014

Mehr Grün für Harburg

Politische Teilhabe für Alle

Nachdem wir erfolgreich das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt haben, müssen wir nun die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen herstellen, erhalten und stärken. Wir fordern eine Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts auf ALLE Menschen ab 16 Jahren, die dauerhaft in Harburg leben. Für eine echte, ernsthafte Bürgerbeteiligung müssen die Harburger Bürger_innen frühzeitig in Entscheidungen einbezogen werden, bevor Fachbehörden oder Verwaltung Vorfestlegungen treffen.

Vielfalt als Chance

Wir GRÜNEN sehen gesellschaftliche Vielfalt im Bezirk als Chance und nicht als Bedrohung. Daher wollen wir diese fördern und zu einem Motor für Integration und ein friedliches Miteinander weiterentwickeln. Wir unterstützen die Fortführung der Interkulturellen Meile auf dem Harburger Rathausplatz, die Weiterführung des Projekts „Mit Migranten Für Migranten“ in Harburg, die Harburger Integrationskonferenz und den Ausbau des von uns initiierten Harburger Integrationspreises.

Ja zur Energiewende und zur Nachhaltigkeit – Nein zum Fracking

Wir sehen Fracking als Risikotechnologie an, deren Folgen für Mensch und Umwelt nicht einzuschätzen sind. Daher lehnen wir Fracking im Bezirk und den angrenzenden Gebieten ab. Das Gleiche gilt für das Verpressen des mit Gefahrstoffen belasteten radioaktiven Produktionswassers in alte Bohrlöcher. Das Büro der lokalen Agenda 21 muss erhalten bleiben. Den von uns initiierten Harburger Nachhaltigkeitspreis wollen wir verstetigen.

Mehr Grün in die Stadt, mehr Stadt an die Elbe

Je dichter ein Stadtgebiet wird, desto wichtiger sind die bauliche Qualität sowie gut gestaltete öffentliche Plätze und Grünflächen. Der zweite grüne Ring als Grünanlagengürtel rund um Harburg ist ein beschlossenes Konzept des Vorgängerssenats, das der jetzige Senat ignoriert. Wir wollen, dass die Planungen endlich umgesetzt werden.

Vorrang für die Innenentwicklung

Unser städtebauliches Leitbild ist die kompakte Stadt der kurzen Wege. So können Wohnungen mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen werden; so wird der Energie- und Landschaftsverbrauch sowie unnötiger Autoverkehr minimiert. Die Flächen in Harburg sind knapp: Landschaftsschutzgebiete, Wald, Moorgürtel und andere Biotopie müssen als Lebens- und Erholungsräume gesichert werden und sind für eine Bebauung tabu.

Hamburg braucht neue Wohnungen – auch in Harburg

Die Einwohner_innenzahl Hamburgs wächst, also müssen neue Wohnungen gebaut werden. Wir wollen die soziale Durchmischung fördern und soziale Brennpunkte vermeiden. Öffentlich geförderte, mietpreisgebundene Wohnungen sollen vorrangig in den

Stadtteilen entstehen, wo es zu wenig preisgünstigen Wohnraum gibt. In Quartieren mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen ist uns hochwertiger Wohnraum besonders willkommen.

Lebendige Zentren Harburg und Neugraben

Die Stadtzentren von Harburg und Neugraben müssen wieder als lebendige Mittelpunkte des Bezirks attraktiv werden. Die Harburger City muss ihre Funktion als Oberzentrum für den Bezirk und das südliche Umland zurückerhalten. Das BID Lüneburger Straße und die BID-Initiative am Sand bieten eine gute Grundlage. Der Kern Neugrabens muss mit der Neugestaltung des Marktplatzes und des Neugrabener Bahnhofsvorplatzes attraktiver gestaltet werden.

Universitätsstadt Harburg

Die Stadtteile rund um die Technische Universität sollen für alle jungen Menschen in Ausbildung attraktiv sein. Harburg muss sich als junge, lebendige Universitätsstadt verstehen. Durch die gezielte Wohnraumförderung für Studierende und Auszubildende im Bezirk – wie sie von uns bereits seit 2010 initiiert wurde - wird die Nachfrage nach alternativen kulturellen und sozialen Angeboten gestärkt.

Binnenhafen - Vom Schrotthafen zum urbanen Stadtteil

Die gemischte bauliche Entwicklung und vielfältige Nutzung im Binnenhafen wollen wir fortführen: Der Harburger Binnenhafen ist ein wegweisendes Musterbeispiel dafür, wie Wohnen, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Kultur und Freizeit sich nebeneinander in einem Quartier entwickeln können. Hochhausprojekte werden wir kritisch begleiten und im Einzelfall abwägen, ob sie der Entwicklung des Binnenhafens im Sinne einer weiteren Aufwertung als gemischtes Entwicklungsgebiet nutzen. Wir werden für die Realisierung der Landschaftsbrücke zwischen Schellerdamm und Schippsee kämpfen. Ein attraktiver Beachclub ist für uns weiterhin ein Muss.

Moorburg, Kohle und Hafen

Es wird Zeit für die überfällige Entlassung von Moorburg und Francop aus dem Hafenerweiterungsgebiet, um diesen Stadtteilen Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Die Aufhebung des Hafenerweiterungsgebiets würde die nachhaltige Entwicklung von Natur und Landschaft entlang der Alten Süderelbe erleichtern. Es ist nicht zu akzeptieren, dass im Süden von Moorburg potenzielle Industrie- und Gewerbeflächen in bestens erschlossener Lage mit Hafenschlick vollgekippt werden sollen.

Nachhaltige Mobilität: Moderne Verkehrspolitik für Harburg

Weniger Autoverkehr bedeutet weniger Belastung für Mensch und Umwelt. Aktuell beobachten wir eine Trendwende im Verkehr. Die Mobilitätsmuster verändern sich, die Rolle des Autos nimmt ab. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass mehr Fahrräder auf unseren Straßen gezählt werden. Der HVV bekommt immer mehr Fahrgäste. Diesen Trend gilt es zu fördern und zu verstärken. Wir wollen Anreize für umweltfreundliche Mobilität schaffen, damit die Menschen auf Bahn, Bus und Fahrrad umsteigen. Wir wollen einen deutlichen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Förderung des Radverkehrs

Wir wollen dem Radverkehr einen kräftigen Schub geben und die Bedingungen fürs Radfahren in Harburg verbessern. Wir wollen den Ausbau der Velorouten im Bezirk, um das Radfahren im Alltag an stärker befahrenen Straßen zu erleichtern. Wir streben in einem stadtweiten Netz den Bau von Radschnellwegen an. Dort kann auf langer Strecke ohne Stopps und Störungen von anderen Verkehrsmitteln Rad gefahren werden. Wir fordern die Ausweitung des Fahrradleihsystems Stadtrad Hamburg auf den Bezirk Harburg. Wir wollen die Moorstraße in eine Kommunaltrasse umwandeln, in der neben Bussen, Taxen und Radfahrenden nur unmittelbarer Anlieger_innenverkehr zugelassen ist.

Für maßvollen Verkehr und umfassenden Lärmschutz durch Verkehrsberuhigung

Wir GRÜNEN möchten den Lkw-Verkehr auf zentrale Routen konzentrieren und aus den Wohngebieten heraushalten. An bestimmten Stellen sind dafür Nachtfahr- und Durchfahrverbote für Lkw, Tonnagebeschränkungen und Lkw-Schleusen erforderlich. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus der Lärmaktionsplanung und stehen für eine Ausweitung der Tempo 30-Zonen. Die Hafenuferspange als Südtrasse südlich von Moorburg und nördlich von Bostelbek lehnen wir ab. Wir fordern die konkrete Planung eines „Bypass Harburg“ zur Entlastung der Bahnstrecken im Harburger Kern, beispielsweise durch einen Güterzugtunnel unter der Haake parallel zur A7.

Kultur für alle fördern

Harburg zeichnet sich durch seine kulturelle Vielfalt aus. Diese wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Es darf nicht sein, dass durch die Kulturbehörde nur große Einrichtungen gefördert werden und andere aktive Kunst- und Kulturschaffende auf der Strecke bleiben. Wir fordern, dass Musikerinnen und Musikern, Künstlerinnen und Künstlern Proberäume und Ateliers im Bezirk zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Gemeinsam mit den Veranstalter_innen des freien Kleinkunst-Festivals „Keine Knete, trotzdem Fete“ wollen wir einen verlässlichen Austragungsort finden. Die Ungleichbehandlung von etablierten mehrtägigen Festen einerseits und neuen Angeboten mit hohem Engagement junger Menschen andererseits muss beendet werden. Der Rieckhof muss als Kulturzentrum in Harburg erhalten bleiben.

Hilfe für Menschen in besonderen Problemlagen

Wir haben der Einrichtung der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) in der Harburger Poststraße zugestimmt. Wir sehen es als unseren humanitären Auftrag, in Not geratene Menschen aufzunehmen. Mit dieser Entscheidung sehen wir uns aber auch in der Verantwortung, aktiv an der Integration dieser Menschen mitzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass der „Runde Tisch Wetterstrasse“ fortgeführt und um die Vertreter der ZEA sowie Vertreter_innen der betroffenen Flüchtlinge und Obdachlosen erweitert wird. Wir fordern ein Gesamtkonzept für die Öffentliche Unterbringung um Massenunterkünfte zu vermeiden. Für Obdachlose und Flüchtlinge muss eine ausreichende Anzahl kleinerer, moderner, menschenwürdiger Wohneinheiten mit Beratungs- und Betreuungsangeboten bereitgehalten werden.